

„Voraussetzungen für Raumordnung nicht erfüllt“

B 212 NEU Amt für Landesentwicklung rügt bisherige Planung – Politik für einvernehmliche Lösung

GANDERKESEE/DELMENHORST/STI – Wie geht es weiter mit der Planung für die B 212neu und die B 213neu (Umgehung Delmenhorst) durch die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr? Diese Frage beschäftigt weiterhin die Menschen in Ganderkesee und Delmenhorst, nachdem die rot-grüne Landesregierung die B 212neu mit dem Vermerk „ohne Anschluss an die L 875“ zum Bundesverkehrswegeplan gemeldet hat. In seltener Einmütigkeit hatten sich auch die Delmenhorster Ratsfrak-

tionen, die Bundestagsabgeordnete Susanne Mittag (SPD) und die Landtagsabgeordnete Annette Schwarz (CDU) gegen die so genannte Südvariante beim Bau der B 212neu gewandt (die NWZ berichtete).

Die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg, hat für die Planung einer möglichen Umfahrung für Delmenhorst verschiedene Linienvarianten untersucht und war damit insbesondere in Ganderkesee auf energischen Widerstand gestoßen. Zur Vor-

bereitung eines möglichen Raumordnungsverfahrens



Was ist daraus geworden? Die NWZ hakt nach bei Themen, die fast schon vergessen sind.

wurde 2012 eine so genannte Antragskonferenz mit den Trägern öffentlicher Belange

durchgeführt, erläuterte Theo Bley, der stellvertretende Geschäftsbereichsleiter. Das Protokoll der Konferenz sei fertiggestellt und dem Amt für regionale Landesentwicklung Weser/Ems (ehemals Regierungsvertretung) zugeleitet worden. Diese habe „den räumlichen und sachlichen Untersuchungsrahmen“ gemäß Raumordnungsgesetz festzulegen.

Die NWZ fragte bei der Behörde nach: „Die Voraussetzungen sind aus unserer Sicht nicht erfüllt“, stellte der zu-

ständige Dezernent Markus Göbel klar. Welche Konsequenzen zu ziehen seien, ließ er offen.

Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) hatte in der Vergangenheit stets deutlich gemacht, dass sein Ministerium auf eine in der Region einvernehmliche Lösung setze. Heimische Politiker, darunter die Delmenhorster SPD-Bundestagsabgeordnete Mittag, wollen für die B212neu ein neues Raumordnungsverfahren und eine stärkere Bürgerbeteiligung.

NWZ 27.08.2014